

INTERGLOBAL

JUSTIZ IN POLEN

„Es ist bereits ein Wandel spürbar“

Interview: Laura Clarissa Loew

Seit Mitte Dezember wird Polen von einer liberal-konservativen Koalition regiert. Im Wahlkampf haben die Vertreter der beteiligten Parteien versprochen, den Abbau des Rechtsstaats durch die bisherige Regierung zurückzunehmen. Bei der Ausgestaltung einiger Vorhaben gibt es innerhalb der Koalition bereits Konflikte. Ein Gespräch mit der Juristin Kamila Ferenc über die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und eine mögliche Liberalisierung der strikten Abtreibungsgesetze.

woxx: Sie haben die Debatten in Polen in den Wochen nach der Parlamentswahl am 15. Oktober verfolgt. Wie hat sich die politische Stimmung seit dem Sieg der Koalition aus dem zentristisch-konservativen Wahlbündnis Trzecia Droga (Dritter Weg), der Wahlallianz Nowa Lewica (Neue Linke) sowie dem liberal-konservativen Parteienbündnis Koalicja Obywatelska (Bürgerkoalition, KO) des früheren und nun wiedergewählten Ministerpräsidenten Donald Tusk verändert?

Kamila Ferenc: Die Verkündung der Ergebnisse der Wahl, bei der die Oppositionsparteien eine Stimmenmehrheit erhielten, war eine riesige Erleichterung für deren Unterstützer*innen. Und man kann bereits einen gewissen Wandel spüren. Ein großer Teil der neuen Koalition spricht sich in Fragen der Abtreibung für progressive Positionen aus – feste Mehrheiten gibt es für liberale Abtreibungsgesetze allerdings noch nicht. Besonders die Abgeordneten der Trzecia Droga sind sehr zögerlich, aber es ist schon ein riesiger Fortschritt, dass es nicht mehr mehrheitsfähig ist, Forderungen danach von vornherein als unvereinbar mit dem katholischen Glauben zu diskreditieren. Mit der neuen demokratischen Mehrheit konnte außerdem schon während der ersten Sitzungen

des Sejms, des polnischen Unterhauses, die Finanzierung von künstlicher Befruchtung beschlossen werden.

Wird Polen nach dem Umbau von Staat, Justiz und Medien durch die nationalkonservative Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, PiS) in den vergangenen acht Jahren wohl wieder ein demokratischer Rechtsstaat werden?

Wenn ich Mitglied der neuen Koalition wäre, würde ich sagen: ja, selbstverständlich. Es gibt allerdings keine Garantie dafür, dass die neue Regierung ihre Macht nicht auch ausnutzt. Ich setze jedoch große Hoffnungen in sie.

„Wichtig ist aber, dass der Staatsgerichtshof an keinen Vergeltungsakten gegen die ehemalige Regierung beteiligt sein wird.“

Welche Pläne hat die neue Koalition, um hinter PiS aufzuräumen und deren autoritären Reformen rückgängig zu machen? Und welche Rolle könnte dabei der Staatsgerichtshof spielen?

Es wurden bereits Untersuchungskommissionen im Sejm gebildet, um unterschiedliche Verdachtsfälle zu untersuchen, beispielsweise Veruntreuung von Geldern oder Abhören von Oppositionspolitikern*innen. Auch die von PiS im Wahlkampf gegen Donald Tusk geschaffene Untersuchungskommission zur Erforschung russischer Einflüsse soll weiterarbeiten, aber russische Einflussnahme auf PiS selbst untersuchen. Es gibt außerdem Ankündigungen, den Präsidenten der Nationalbank, Adam Glapiński, oder den Vorsitzenden des Radio- und

Fernsehrats, Maciej Świrski, vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Für höhere Amtsträger, denen die neue Regierung Verfassungsbruch vorwirft, wie den Staatspräsidenten Andrzej Duda, reichen die Mehrheitsverhältnisse allerdings nicht aus. Wichtig ist aber, dass der Staatsgerichtshof an keinen Vergeltungsakten gegen die ehemalige Regierung beteiligt sein wird, selbst wenn Vertreter*innen der neuen Regierung dies fordern sollten. Man kann keinen PiS-Politiker nur dafür verurteilen, dass er der PiS angehört, sondern muss gemäß der Prozessordnung beurteilen, ob er verfassungsgemäß und gesetzesgemäß gehandelt hat.

Die neue Regierung muss sich auch mit der Demontage des Rechtsstaats befassen. Was muss konkret unternommen werden, um diesen wiederherzustellen?

Bei den Institutionen gibt es zwei Kernpunkte. Erstens müssen die verfassungswidrig über den einst unabhängigen, aber von PiS instrumentalisierten Landesrat für Gerichtswesen berufenen sogenannten Neo-Richter*innen, auch im Verfassungsgericht, abberufen werden. Ihre Urteile sind ungültig – das sagt auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Dieser hat auch geurteilt, dass einige von PiS einge-

setzte Institutionen wie die Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten am Obersten Gerichtshof, die über die Gültigkeit von Wahlen entscheidet, wieder abgeschafft werden müssen. Die schwierigere Frage ist aber, wie konkret das in Polen verfassungsgemäß und nach demokratischen Standards verwirklicht werden kann, ohne dabei die Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter*innen einzuschränken. Auf keinen Fall dürfen die nun notwendigen Reformen anfechtbar sein, zum Beispiel vor dem EGMR, sonst muss Polen am Ende den Profiteuren des PiS-Regimes noch Entschädigungen zahlen.

Und was geschieht mit den Urteilen, die von solchen irregulär berufenen Richter*innen gefällt wurden?

Bei Urteilen an ordentlichen Gerichten, die vom Landesrat ernannte Richter*innen gefällt haben, muss im Einzelfall geprüft werden, ob ein politischer Einfluss vorlag. Beim Verfassungsgericht ist die Sache allerdings eindeutig: Alle Urteile, die unter der Beteiligung von Neo-Richter*innen gefällt wurden, sind nichtig. Sie hatten allerdings bereits materielle Auswirkungen. Beispielsweise hat das Verfassungsgericht im Jahr 2020 Schwangerschaftsabbrüche auch bei

Kamila Ferenc ist Juristin, betreibt eine eigene Anwaltskanzlei und ist in der Stiftung für Frauen und Familienplanung (Fundacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, kurz: Federa) sowie in der Stiftung gegen Vergewaltigungskultur (Fundacja przeciw kulturze gwałtu) tätig. Sie setzt sich für reproduktive Rechte sowie für Opfer sexualisierter Gewalt ein. Am 21. November 2023 wurde sie zum Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt, der für strafrechtlich relevante Verfassungsverletzungen von Inhaber*innen hoher staatlicher Ämter zuständig ist. Für die Überprüfung eines Verfassungsbruchs durch den Staatsgerichtshof sind je nach Rang des Beschuldigten unterschiedliche Mehrheiten im polnischen Parlament Sejm, im Senat oder in der Nationalversammlung erforderlich.



FOTO: EPA-EFE/STEPHANIE LECOCQ

Setzt sich nach dem Regierungswechsel in Polen für ein liberales Abtreibungsgesetz ein: die Anwältin Kamila Ferenc.

schwerwiegender und lebensbedrohlicher Schädigung des Fötus für verfassungswidrig erklärt – also Abtreibung beinahe vollständig verboten. Krankenhäuser haben seither aufgehört, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Aber legal gültig war das nie. Der Sejm als legislative Macht oder ein Ministerium darf nun darauf hinweisen, dass diese Urteile des Verfassungsgerichts niemals gültig gewesen sind. Er darf aber nicht versuchen, diese Urteile mit Hilfe eines Gesetzes oder einer Verordnung für ungültig zu erklären. Das wäre eine fatale Einmischung in die Unabhängigkeit des Gerichtswesens.

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts im Jahr 2020 blieben Schwangerschaftsabbrüche in Polen nur noch im Falle der Gefährdung des Lebens der Schwangeren oder infolge einer Straftat wie Vergewaltigung erlaubt. Bisher haben sich die Koalitionsparteien nur darauf einigen können, die letzte Verschärfung des Abtreibungsrechts zurückzunehmen – damit wäre das polnische Abtreibungsgesetz immer noch eines der strengsten in Europa. Wie könnte denn das diesbezügliche Urteil des Verfassungsgerichts auf legale Weise zurückgenommen werden?

Der Sejm kann trotzdem Änderungen am Abtreibungsgesetz beschließen oder ein neues Gesetz einführen – ein Richtspruch des Verfassungsgerichts verhindert schließlich keine weitere politische Arbeit an einem Thema. Was allerdings eine Rückkehr zum bisherigen Abtreibungsgesetz angeht, so können die Politiker*innen darüber viel reden, sie sollten sich aber lieber fragen, ob die Gesellschaft nicht bereits viel weiter ist. Umfragen zufolge befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung die Legalität von Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschafts-

woche ohne Angabe von Gründen. Die angekündigte Rückkehr zu den drei genannten Ausnahmen könnte sich als Falle erweisen, wenn die neue Regierung dadurch ihren Impetus für Abtreibungsliberalisierungen verliert.

Wie könnte denn eine solche weitere Liberalisierung des Abtreibungsrechts aussehen? Was ist unter der neuen Regierung realistisch?

Seit den Wahlen hat die Parlamentsfraktion der Lewica bereits einen Gesetzentwurf zur Dekriminalisierung von Abtreibung in den Sejm eingebracht, der einen legalen Abbruch bis zur zwölften Schwangerschaftswoche vorsieht. Außerdem hat die KO auch angekündigt, einen Gesetzentwurf einzubringen. Der Wackelkandidat ist dabei die Trzecia Droga, unter ihren Abgeordneten gibt es unterschiedliche Stimmen – darunter auch solche, die vollkommen gegen eine Dekriminalisierung oder Liberalisierung sind. Unser Ziel als Aktivist*innen der Stiftung für Frauen und Familienplanung, Federa, ist es, mit diesen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und sie von unseren Positionen zu überzeugen. Trotzdem besteht das Risiko, dass für ein liberales Abtreibungsgesetz die Stimmen fehlen – das wäre eine große Enttäuschung. Eine ebenso große Enttäuschung wäre es auch, wenn ein solches Gesetz zwar durch den Sejm kommt, aber der Präsident ein Veto einlegt. Das wäre ein großer politischer Fehler. Die Gesellschaft will einen Wandel im Abtreibungsgesetz, Frauen wollen Rechtssicherheit in ihrer Schwangerschaft. Und das wird jeder Politiker zu spüren bekommen, der sich einer Liberalisierung der Abtreibungsgesetze entgegenstellt.

ANNONCE WOXX



Die kritische, unabhängige Luxemburger Wochenzeitung sucht

je **eine*n Journalist*in** (unbefristete Stelle)

- für die Redaktion Politik und Soziales (20 bis 40 Stunden pro Woche)
- sowie für die Redaktion Kultur (20 bis 40 Stunden pro Woche)

Aufgabengebiete:

- Redaktion journalistischer Beiträge in deutscher und/oder französischer Sprache
- Korrekturen von Artikeln in Deutsch und Französisch
- Koordination der aktuellen Print-Ausgaben im Wechsel mit den anderen Redaktionskolleg*innen
- Aktive Mitarbeit beim Betreiben und Weiterentwickeln der woxx-Online-Plattform

Wir wünschen uns eine*n Mitarbeiter*in mit:

- Erfahrung im journalistischen Bereich
- Kenntnissen der politischen und gesellschaftlichen Realität Luxemburgs
- der Motivation, Verantwortung in einem selbstverwalteten Betrieb zu übernehmen
- Teamfähigkeit und zugleich großer Selbstständigkeit
- fundierten Kenntnissen im Bereich der digitalen Medien
- Sprachliche Kompetenzen in Luxemburgisch – oder die Bereitschaft sich diese anzueignen – stellen einen Vorteil dar

Entlohnung auf Basis des Einheitslohnes des woxx-Kollektivs.

Was wir bieten:

Die Möglichkeit, die Wochenzeitung woxx in einem genossenschaftlich organisierten Betrieb ohne Chef*in in einer sich stark veränderten Luxemburger Medienlandschaft perspektivisch weiterzuentwickeln und sowohl formal als auch inhaltlich zu gestalten. Ihre Kreativität trifft auf ein hohes Maß an Offenheit und Flexibilität. Bei der Arbeitsorganisation nimmt das Team gerne Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse, soweit es die betrieblichen Anforderungen erlauben.

Bewerbungen mit Motivationsschreiben und Lebenslauf sowie journalistischen Beiträgen aus eigener Feder bis zum 12. Februar 2024 ausschließlich in elektronischem Format an: **candidate@woxx.lu**

Zusätzliche Informationen bitte über candidate@woxx.lu (vertraulich) erfragen.

L'hebdomadaire luxembourgeois critique et indépendant engage

un-e journaliste à durée indéterminée pour son équipe rédactionnelle « actualité politique et sociale » (20 à 40 heures par semaine)

et **un-e journaliste** à durée indéterminée pour son équipe rédactionnelle « actualité culturelle » (20 à 40 heures par semaine).

Tâches :

- rédaction d'articles en français et/ou allemand
- corrections d'articles en allemand et en français
- coordination (en alternance avec les collègues) des éditions hebdomadaires print
- participation active à l'exploitation et au développement de la plateforme woxx en ligne

Le woxx recherche un-e collaborateur-collaboratrice qui

- a de l'expérience dans le journalisme
- connaît les réalités politiques et sociales luxembourgeoises
- est motivé-e pour assumer des responsabilités dans une entreprise autogérée
- a le sens du travail en équipe tout en sachant travailler de manière autonome
- a des compétences avérées dans le domaine numérique
- Des compétences linguistiques en luxembourgeois ou la volonté de l'apprendre constituent un avantage.

Rémunération : Salaire unique pratiqué par le collectif woxx.

Ce que nous offrons :

La possibilité de participer au développement du woxx au sein d'une entreprise organisée en coopérative, sans chef-fe, dans un paysage médiatique luxembourgeois en forte mutation, ainsi que celle de façonner l'hebdomadaire tant sur la forme que sur le fond. Votre créativité rencontrera un haut degré d'ouverture et de flexibilité. En ce qui concerne l'organisation du travail, l'équipe tient volontiers compte des besoins individuels, dans la mesure où les exigences de la coopérative le permettent.

Envoyez votre dossier de candidature (avec un choix d'articles de votre plume) uniquement sous forme électronique à **candidate@woxx.lu** pour le 12 février 2024 au plus tard.

Pour toute information supplémentaire : candidate@woxx.lu (confidentielle).